

LEFÖ
Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen
Information, Education and Support for Migrant Women
Kettenbrückengasse 15/III/4
1050 Wien

ZVR-Zahl: 893710788

Tel: +43.1.581 18 81
Fax: +43.1.581 18 81 14
Mail: office@lefoe.at
Web: www.lefoe.at

→ **BERATUNG**
umfassende Beratung für Lateinamerikanerinnen
→ **LERNZENTRUM**
Bildung für Migrantinnen
→ **TAMPEP**
Unterstützung für Migrantinnen in der Sexarbeit
→ **IBF**
Interventionsstelle für Betroffene von Frauenhandel
→ **ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**
Informations-, Sensibilisierungs- und Lobbyingarbeit

Pressemitteilung / 15. Dezember 2017

17.12.2017: Internationaler Tag gegen Gewalt an Sexarbeiter*innen

Selbstorganisationen von Sexarbeiter*innen (Red Edition und sexworker.at) beobachten die Situation der Beratungsstellen wie SXA.Info (Graz), iBus (Innsbruck), PiA (Salzburg), maiz (Linz) oder LEFÖ (Wien) in Österreich mit Sorge.

Die Vertreter*innen dieses Netzwerks weisen darauf hin, dass ein niederschwelliger Kontakt zu Sexarbeiter*innen, der durch die Beratungsstellen garantiert ist, eine wichtige Säule darstellt, um Ausbeutung, Menschenhandel und Zuhälterei zu reduzieren oder gar zu vermeiden.

In den letzten Jahren wurden selbst in Ländern, die als liberaler gelten, Gesetze eingeführt, welche Sexarbeit oder Aspekte davon wieder kriminalisieren. Wir sprechen hier von einem internationalen „backlash“, der zu einem vermehrten Abdrängen in den unsichtbaren Bereich und zu mehr Stigmatisierung führt. Konsequenzen davon spüren in erster Linie Sexarbeiter*innen - mehr direkte Gewalt und Abhängigkeiten.

Leider ist auch **Österreich** von diesem Negativtrend betroffen. Anstatt Sexarbeiter*innen endlich Arbeitsrechte zu geben, kommt es in Österreich zu immer mehr Verboten und Auflagen. So z. B. sind die Wahlmöglichkeiten von Sexarbeiter*innen, zu entscheiden, wie und wo sie arbeiten wollen, zum Teil stark eingeschränkt. Weiters kommt es durch die verpflichtende Registrierung bei der Polizei, wie in Wien, zu einer permanenten Verknüpfung von Sexarbeit mit Kriminalität. Dadurch werden Sexarbeiter*innen per se als Schuldige und Mitspieler*innen in kriminellen Machenschaften verortet.

Neue Landesgesetze verschärfen die Situation nicht nur mit höheren Strafen für Sexarbeiter*innen, es wurde in einigen Bundesländern zusätzlich auch die Freierbestrafung eingeführt. Beratungsstellen betonen, dass Menschen, die Sexarbeiter*innen respektlos behandeln oder abwertend über sie sprechen, Gewalt schüren und zur Stigmatisierung und Diskriminierung von Sexarbeit beitragen. Gegenseitiger Respekt kann Unrecht und Gewalt verhindern. „Wir müssen unserem Gegenüber mit Würde und Respekt begegnen, wenn wir in einer gewaltfreien, gleichberechtigten Gesellschaft leben möchten“, so die Sprecher*innen der Organisationen.

Die Selbstorganisationen Red Edition und sexworker.at fordern eine nachhaltige Unterstützung durch die staatlichen Verantwortungsträger*innen, indem die notwendigen Ressourcen für Beratungsstellen garantiert werden. Des Weiteren ist es unabdingbar, dass die Expertise dieser Beratungsstellen in politischen Gremien entsprechend gewürdigt wird.

Sexarbeiter*innen sind DIE Expert*innen zum Thema. Und Beratungsstellen garantieren den Kontakt zu Sexarbeiter*innen.



Hintergrundinformation:

“International Day to End Violence Against Sex Workers”:

Der 17. Dezember wurde ursprünglich als Gedenktag für die Opfer des „Green River“-Mörders begangen, der in den 1980er und 1990er Jahren in den USA über 90 Frauen ermordete. Die meisten der Opfer waren Sexarbeiterinnen und es dauerte 20 Jahre, bis der Mörder verurteilt wurde. Seit 2003 wird der 17. Dezember mit Demonstrationen, Gedenkveranstaltungen und Mahnwachen weltweit als Aktionstag begangen, um auf die Gewaltverbrechen gegen Sexarbeiter*innen aufmerksam zu machen und die durch Stigmatisierung und Kriminalisierung von Sexarbeiter*innen noch verstärkt werden.

Weitere Infos unter: <http://www.swopusa.org/dec17/>